

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung

der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 8.— Mk., vierteljährlich 24.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 2,20 Mk. von auswärts 3.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 7,50 Mk. von auswärts 9.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 8290.

Nr. 15

Mittwoch, den 18. Januar 1922

13. Jahrgang

Poincarés außenpolitische Schwierigkeiten.

Paris, 17. Jan. Heute vormittag hat unter dem Vorsitz des Präsidenten Millerand der erste Ministerrat des Kabinetts Poincarés stattgefunden. Ministerpräsident Poincaré setzte den Stand der auswärtigen Angelegenheiten aneinander und berichtete über seine Unterredung mit Lloyd George und Lord Curzon. Der nächste Ministerrat wird am Donnerstag stattfinden und die ministerielle Erklärung für die Kammer feststellen.

Das Ministerium Poincarés hat seine Tätigkeit aufgenommen. Die ersten Verhandlungen mit dem verbündeten England zeigten aber gleich die großen Schwierigkeiten, die sich dem neuen Ministerium entgegenstellen. Besondere englisch-französische Differenzen liegen in Kleinasien, wo im griechisch-türkischen Krieg England auf Seiten Griechenlands steht, während Frankreich die Türken unterstützt. Die Frage soll auf Wunsch Englands auf einer in nächster Zeit stattfindenden Konferenz geklärt werden.

Mit dem von Briand und Lloyd George in Aussicht genommenen englisch-französischen Bündnis war der nationale Block der französischen Kammer höchst unzufrieden, weil das mit Frankreich verbündete Polen nicht in das Bündnis mit aufgenommen werden sollte. Die Bemühungen Poincarés, England auch für ein Bündnis mit Polen zu gewinnen, scheinen auch weiterhin erfolglos zu bleiben. Die „Times“ schreiben in einem Leitartikel: Der Pakt zwischen England und Frankreich war nur geschlossen worden, wenn kein Versuch unternommen werden würde, eine besondere Klausel für die Verteidigung Polens darin aufzunehmen. Die in Frankreich zum Teil verbreitete Auffassung, daß Polen als Mittelstück anstelle Rußlands zur Verhinderung eines deutschen Angriffs gelten könnte, werde von England nicht als wohlbegründet angesehen werden können.

In Amerika ist man über die Kaltstellung Briands arg verärgert. So schreibt der Berichterstatter der „Times“ aus Washington: In Amerika sei man der Ansicht, daß die Widerstände Frankreichs ernstlich, wenn nicht unheilbar die Aussichten auf den Wiederaufbau Europas auf liberaler Grundlage gefährdet haben. Man befürchtet, daß der Reichsinn der französischen Militaristen es dahin treiben werde, durch Europa Amok zu laufen. Es helfe, daß die französische Politik derart sein werde, daß daraus Anordnungen entstehen könnten und Garding sofort die amerikanischen Besatzungstruppen vom Rhein zurückziehen würde.

Ferner wird aus Washington gemeldet: Der Senat hat heute die Resolution Mac Cormick angenommen, in der das Staatsdepartement ersucht wird, eine Untersuchung über die europäische Finanzlage und die Wirkungen anzustellen, die die Vordrängungen der europäischen Länder auf die europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten haben könnten.

Die Wirtschaftskonferenz in Genua.

Wie aus London gemeldet wird, werden außer den Vereinigten Staaten alle Nationen Europas zur Teilnahme an der europäischen Wirtschaftskonferenz, die am 8. März in Genua beginnt, eingeladen. Lloyd George wird an der Konferenz teilnehmen. Seine Ratgeber in Wirtschaftssachen werden Sir Robert Horne, Sir Cecil Bladett und eine Anzahl von Vertretern des britischen Schatzamtes sein. An der Konferenz werden etwa 1000 Personen beteiligt sein. Wie verlautet, haben bereits die meisten der eingeladenen Länder ihre Annahme mitgeteilt. Es steht noch dahin, ob die britischen Dominions auf der Konferenz vertreten sein werden. Laut „Preis Associated“ sollen sie eingeladen werden, wenn sie den Wunsch ausdrücken, auf der Konferenz vertreten zu sein.

Wie der „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors gemeldet wird, sind als Vertreter der Räteregierung auf der Konferenz von Genua Tschicherin und Lunatscharski ausgerufen. Lenin wird unter keinen Umständen an der Konferenz teilnehmen.

Nach einer Meldung der „Daily Mail“ soll der Plan zur Herabsetzung der deutschen Wiederherstellungszahlungen, der auf der Konferenz von Genua einen hervorragenden Platz einnehmen werde, in der Art einer Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gehalten sein, in der England etwa 1/2 der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund

Sterling unter der Bedingung streichen würde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

Eine Internationale Sozialistenkonferenz.

Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Einladung der Wiener internationalen Arbeitsgemeinschaft zu einer allgemeinen internationalen Einigungskonferenz sämtlicher sozialistischer Parteien Englands, Frankreichs, Deutschlands, Belgiens und Italiens angenommen. Die Konferenz soll Anfang Februar in Paris stattfinden.

Nach einer Mitteilung der Berliner „Freiheit“ sollen zu der Konferenz nicht nur die Mitglieder der Zweiten und der Wiener Internationale geladen werden, sondern auch die kommunistische Internationale. Das Blatt schreibt weiter:

„Das Gelingen dieses ersten Versuches einer allgemeinen Konferenz soll durch Begrenzung der Tagesordnung auf das unmittelbar Notwendigste gefördert werden. Und zwar scheinen uns als unmittelbar gegebene Hauptgegenstände der Tagesordnung: 1. die ökonomische Lage Europas und die Aktionen der Arbeiterklasse; 2. der Abwehrkampf des Proletariats gegen die Reaktion. Unser Vorschlag für die Zulassungsbedingungen ist: Zugelassen werden alle proletarischen Parteien, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, die Überwindung des Kapitalismus zum Ziele haben und die Notwendigkeit der gemeinschaftlichen internationalen Aktion des Proletariats zur Erfüllung dieses Zieles anerkennen.“

Der Kampf um die Steuern.

Entgegen der Meldung der „Zeit“, daß gestern zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein Kompromiß in der Steuerfrage erzielt worden sei, erklären das „Tageblatt“ und der „Vorwärts“, daß die Aussichten für ein Kompromiß noch völlig unklar seien. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde erst heute abend beschließen über die Haltung der Mehrheitssozialisten in der Steuerfrage.

Wie der „Vorwärts“ schreibt, wird die Fraktion eine schwierige und verwickelte Situation vorfinden. Ein Blatt erklärt, daß die Sozialdemokratie weiter den Gedanken der Erfassung der Sachwerte vertritt, daß sie aber auch bereit ist, unter gewissen Voraussetzungen an den Verbrauchssteuern mitzuarbeiten.

Auf dem Parteitag des Zentrums nahm gestern auch Reichsfinanzminister Borchers das Wort und erklärte:

Die Steuerfragen werden in den nächsten Tagen eine große Bedeutung gewinnen. Es hat sich dabei ergeben, daß die Regierung auf eine breitere Basis gestellt werden muß. Dies wird jedoch nicht durch Verhandlungen der Parteipäpste untereinander geschehen, sondern die Regierung muß sich aus der Praxis heraus bilden. Es muß deshalb in den nächsten Tagen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ein Kompromiß zustande gebracht werden, das sowohl von den besitzenden Klassen wie von den besitzlosen anerkannt wird.

Ist es nicht möglich, in den nächsten Tagen zu einem Kompromiß zu kommen, so ist das innerpolitische Programm der Reichsregierung gescheitert, und man wird sich nach einer neuen Regierung umsehen müssen. Der Reichsfinanzminister erklärte aber, daß er nicht lang- und kluglos zurücktreten werde, sondern nur in offener Feldschlacht vor dem Reichstage. Wenn dann andere Leute glauben, daß sie bessere Arbeit machen können, mögen sie sein Amt übernehmen. Dann wird auch für die Zentrumspartei die Zeit gekommen sein, von der Verantwortung auszuruhen und in die Opposition zu gehen. Falls keine Lösung der Steuerfrage zu finden ist, die vom Zentrum und von den Sozialdemokraten akzeptiert wird, so könnte sich dieser Fall wohl ereignen.

Irland übernimmt die Regierung.

London, 16. Jan. Gestern nachmittag hat im Dubliner Schloß der Vikar von Irland den acht Ministern der einstweiligen Regierung des Freistaates die Regierungsgewalt übergeben, die seit 700 Jahren von den Vertretern Englands ausgeübt wurde. Als die Sinnfeindminister im Schloß eintrafen, kam es zu hitzigen Rindgebungen.

Mitteleuropäische Umbildungen.

Ähnlich wie der Dreißigjährige, ließ der Weltkrieg in Mitteleuropa ein Gemengelager zertrümmerter Staatsentitäten zurück. Wir haben heute zwischen dem früheren Mitteleuropa und dem ehemaligen östlichen Zentralstaat eine ununterbrochene Kette von kleineren und kleinsten Staatsgebilden, die für das wirtschaftliche Leben der Zukunft unbedeutend und gefährlich werden kann. Abgesehen davon, daß die kleineren Staaten nur zu leicht Angriffsziel der Großstaaten werden, können sie durch ihre Zoll- und Wirtschaftspolitik dem Verkehr zwischen Mitteleuropa und dem Osten hemmend in die Bahn treten. Je mehr Staaten, desto mehr Reibungsflächen. Deshalb ist jede Entwicklung begriffswert, die einer auf sich und gegeneinander gestellten Kleinstaatenspolitik entgegenarbeitet. Unsere moderne Wirtschaft verträgt es nicht mehr, mit kleinen Einheiten und non-entworfener unabhängigen Größen zu rechnen, wie auch der rein militärische Imperialismus die zertrümmerte Decke einer überwundenen Epoche ist. Das verkannt zu haben, ist vielleicht der Kern der russisch-kommunistischen Tragödie, wie es die Tragödie Frankreichs zu werden droht.

Abgesehen von Polen, dessen enge Abhängigkeit von Frankreich keinen Segen für die junge Republik bedeutet, haben die östlichen Randstaaten die Zeichen der Zeit sehr wohl verstanden. So entstand sehr bald nach Abwicklung des Weltkrieges ein politisch-wirtschaftliches Bündnis zwischen Jugoslawien, Rumänien und der Tschecho-Slowakei, die sogenannte Kleine Entente. Wenn dieser Block auch gewisse Abhängigkeiten von der Großen Entente und vor allem von Frankreich zeigt, so ist er doch stark genug, um, wie bei dem zweiten Unternehmen des Erzkaifers und Königs Karl, eine sehr eindrucksvolle, selbständige Rolle zu spielen. Weiter im Osten stehen die baltischen Staaten in ständiger Fühlung miteinander, um ihr wirtschaftliches und politisches Leben möglichst fest aufeinander einzustellen. Polen, dessen von einem nicht recht begreiflichen Ausdehnungsdrang geleitete Politik mehr beunruhigend als anziehend, stand lange vereinsamt da, bis schließlich ein sehr enge Verbindungen aufnötigender Vertrag mit der Tschecho-Slowakei zustande kam, der in Polen nicht restlose Befriedigung auslöste.

Damit waren in der zwischenstaatlichen Gliederung der Mitteleuropa östlich vorgelagerten Randstaaten zwei wichtige Sammelbecken geschaffen. Nur Desterreich und Ungarn blieben vorläufig in einer Isolation, die für Desterreich auf die Dauer unhaltbar war. In Desterreich fand zunächst der Anschlußgedanke an Deutschland einen äußerst starken Widerhall. Da Desterreich aber finanziell vollkommen abhängig von der Entente ist, und diese eine Vereinigung mit dem Deutschen Reich vorerst als nicht spruchreif ablehnt, war Desterreich genötigt, seine Anlehnung an einen anderen Staat zu suchen. Angesichts der Erinnerungen an die Zeit der Donaumonarchie und angesichts der Sprachenfrage in der Tschecho-Slowakei herrschte zwischen Desterreich und seinem nördlichen Nachbarn ursprünglich ein nicht gerade sehr herzliches Einvernehmen. Allein der Streit mit Ungarn und die stete Bedrohung durch das Haus Habsburg ergaben Gemeinsamkeiten von grundlegender Bedeutung, und so kam es im Dezember vorigen Jahres, da auch wichtige wirtschaftliche Interessen Desterreichs nach der Tschecho-Slowakei hinweisen, in Lona zu einem Vertrag mit den Nachbarn, der im wesentlichen beiden Teilen ihre republikanische Verfassung und ihren Bestandsstand garantiert, sowie wirtschaftliche Abmachungen und die Vettierung von Streitigkeiten auf dem Wege internationaler Schiedsgerichtsbarkeit vorsieht. Es wäre zu wünschen, daß diesem politischen Einvernehmen recht bald ein wirtschaftliches Übereinkommen auf breiter Basis folgt, da infolge der Wirtascheuche dem österrödischen Volkskörper die tschechoslowakische Nachbarschaft vorläufig teuer zu stehen kommt.

In einem Teil der deutschen Presse wurde die Ansicht vertreten, der Vertrag von Lona habe Desterreich endgültig von Deutschland getrennt und der Kleinen, das heißt der Großen Entente ausgeliefert. Es wäre für Deutschland vielleicht noch nicht einmal so übel, wenn man mit der Kleinen Entente als einen derart feststehenden Begriff rechnen könnte. Tatsächlich liegen die Dinge aber so, daß die Tschecho-Slowakei zwar Mitglied der Kleinen Entente ist, daß sie aber die

Verträge mit Polen und Österreich als autonomer Staat sind nicht als Mitglieder der Reichsversammlung zu betrachten. Das Abkommen ist es nur zu bezeichnen, wenn es die Bestimmungen des Vertrags erfüllt, die die Reichsversammlung als Bedingung für die Anerkennung des Reichs als selbständiger Staat festsetzt. Wenn die Bestimmungen des Vertrags nicht erfüllt werden, ist das Abkommen nicht zu bezeichnen. Das Abkommen ist es nur zu bezeichnen, wenn es die Bestimmungen des Vertrags erfüllt, die die Reichsversammlung als Bedingung für die Anerkennung des Reichs als selbständiger Staat festsetzt.

Wenn man der österreichischen Regierung weiter den Vorwurf macht, sie habe durch das Abkommen das Reichstum in Österreich preisgegeben, so ist darauf zu erwidern, daß es zwecklos wäre, eine geschlossene Entwicklung, die zu einem gewissen Abschluß gelangt ist, zu übersehen, nachdem ganz Europa von der Tatsache Kenntnis genommen hat, und daß dem Reichstum in Österreich selbst damit der größte Dienst erwiesen ist. Praktische Erfolge können nur durch gegenseitige Verständigung und Zusammenarbeit erzielt werden, und auch in dieser Richtung zeigt der Vertrag einen Weg.

Reichstagspräsident Röbe über die Unabhängigen.

In der „Breslauer Volkszeitung“ äußerte sich der Reichstagspräsident Genosse R. Röbe in einem Nachwort zum Unabhängigen Parteitag über die bevorstehenden parlamentarischen Aufgaben der beiden sozialdemokratischen Parteien. Röbe findet die Grundsätze, die in Leipzig aufgestellt wurden, zum Teil nicht sehr günstig. Zum Glück seien aber die Laten der Unabhängigen Partei im Reichstag zum großen Teil einflussreicher. Der Ablehnung jeder Koalitionspolitik in der Rede Dittmann stände die Unterstützung der letzten Regierungskoalition und die Koalitionspolitik der österreichischen Parteifreunde der Unabhängigen gegenüber. Die Ablehnung neuer indirekter und Verbrauchssteuern enthalte doch schon die Einsicht, daß die bestehenden Verbrauchssteuern nicht aufgehoben oder vermindert werden können. Gegen entsprechende Kommissionsanträge haben die Unabhängigen im Reichstage auch bereits gestimmt. Ersipiens Ablehnung des Vaterlandes Deutschland stände im Widerspruch zur Haltung der Unabhängigen in den Fragen Oberschlesien, Saargebiet und Rheinland. Röbe glaubt daher auch weiterhin auf gemeinsame Arbeit mit den Unabhängigen hoffen zu können. Die wichtigste gemeinsame Aufgabe der nächsten Zukunft liege im Kampf um die Finanzfrage. Die gemeinsame Arbeit der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und Unabhängigen werde hier fortgeführt werden können. Der Standpunkt des Finanzministers Herwegh, daß zunächst einmal die vorhandenen Steuervorlagen angenommen werden müssen, sei zu bekämpfen. Solche Budgets leben von der Hand in den Mund und können nicht fortgeführt werden, während die Reparationskommission unsere Vorschläge und Pläne für die Erfüllung unserer Verpflichtungen erwartet. Röbe richtete dann einen Appell an den Reichskanzler, legt einen großen Finanzplan mit kräftiger Verzinsung des Reichsschatzes, und eine Rekonstruktion der Reichsregierung vor. Er schlägt die Heranziehung Mattonas als Wiederaufbauminister vor und erörtert die Übertragung des Finanzministeriums an einen Mann mit weit ausge-

bauten Anlagen. Als solcher würde vielleicht Georg Herwegh in Betracht kommen. Es wünscht er ein energieloses, feilheitsloses Ministerium.

Die Internationalisierung der Elbe.

Die von der Elbe her aus Halle meldet, wird einem internationalen Schiffsverkehr entsprechend im Westufer der Elbe ein großer Hafen mit einem Umschlagplatz für Waren von 300 Meter Länge auf 30 Jaden verpackt werden. Die Stadt erhält keinen Nachteil. Dieser wird vielmehr sozialisiert und der deutschen Schiffsahrt zugewendet. Ferner muß die Stadt einen Lagerkran, 2 elektrische Krane und die dazu gehörigen Gleise der Elbeschiffahrt als Eigentum abtreten.

Nach dem Entschluß von Versailles ist die Elbe, die zum allergrößten Teil durch Deutschland fließt, internationalisiert worden. Man wollte dadurch der Elbeschiffahrt Verbindung mit dem Meere schaffen. In der Verwaltungskommission der Elbe sitzen neben Deutschen nicht nur die an der Elbeschiffahrt interessierten Tschechen, sondern auch Engländer, Franzosen und Italiener, so daß Deutschland völlig überstimmt werden kann und ihm die Staatshoheit über seinen Fluß entzogen ist. Im Interesse der Elbeschiffahrt waren diese Maßnahmen durchaus nicht notwendig, da Deutschland selbst ein reges Interesse daran hat, den Handelsverkehr mit seinem südlichen Nachbarland zu heben. Die deutsche Republik ist schließlich kein kaiserliches Österreich-Ungarn, das seinerzeit Serbien den Zugang zum Meere verwehrte.

Lehren des Explosionsunglücks von Oppau.

Obwohl die letzten Ursachen der Explosionskatastrophe von Oppau noch nicht völlig geklärt sind, hat sich doch ergeben, daß künftig eine Reihe von Vorschriften zu beachten sind, die bisher in ihrer Bedeutung nicht voll erkannt waren. — Wie der amtliche preussische Pressebericht mitteilt, machen der Minister des Innern und der Handelsminister auf die zu beachtenden Vorschriften über die Lagerung von Ammonsalpeter in einer Verfügung aufmerksam, der wir das Folgende entnehmen:

Eine wichtige Sicherheitsmaßregel für Ammonsalpeterlager besteht darin, von unverpackt gelagertem Ammonsalpeter Holz fernzuhalten, da es im Laufe der Zeit von dem die Feuchtigkeit aus der Luft anziehenden Ammonsalpeter durchdränkt und dadurch Ausgangspunkt für sehr gefährliche Brände werden kann. Lagergebäude für unverpackten Ammonsalpeter müssen also Fußböden und Seitenwände aus unbrennlichem oder wenigstens schwer oxydierbaren Stoffen (Fliesen, Asphalt) haben. Das Pantieren mit offenem Licht und Feuer sowie das Rauchen sind zu verbieten.

Mischsalze aus Ammonsalpeter, Thomaschlackenmehl, Kalksalzen und so weiter haben die Neigung, sich bei der Lagerung fest zusammenzuballen und sollen deshalb zwecks Lockerung für den Transport vielfach gesprengt worden sein. Diese Sprengarbeit muß bis auf weiteres aufhören. — Die Chemisch-Technische Reichsanstalt in Berlin-Jungfernheide (Post Berlin-Plötzensee) beschäftigt sich bereits mit der Frage, bei welchen Ammonsalpeter enthaltenden Düngergemischen die Sprengfähigkeit als ausgeschlossen angesehen werden kann und welche Aufgabe das Festwerden der Gemische beim Lagern verhindern. Es empfiehlt sich also für die Düngerfabriken, der bezeichneten Anstalt genaue Angaben über die von ihnen her-

gestellten Ammonsalpetergemische und die Art ihrer Herstellung sowie des Verfahrens baldmöglichst zugehen zu lassen, ferner auch auf Erfordern der Anstalt Proben der Düngergemische zu übersenden.

Die gesprenzte Arbeitnehmerfront.

Sauß „Arbeit“ erklären die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Abende angeführten Gewerkschaften, die an der Feuerungs- Bewegung der Beamten, Staatsangestellten und Arbeiter beteiligt sind, daß durch die vom Deutschen Gewerkschaftsbund und dem christlichen deutschen Gewerkschaftsbund dem Reichstag übermittelten Eingaben über die Beamtenforderung die Einheitsfront der an den bisherigen Verhandlungen über die Neuordnung der Bezüge der Arbeiter, Angestellten und Beamten beteiligten Spitzenverbände gesprengt ist. Durch dieses Vorgehen des Deutschen Beamtenbundes werde der Fortgang der mit der Reichsregierung noch schwebenden Verhandlungen über Festsetzung der Uebersteigerungszuschüsse aufs äusserste gefährdet. Der Deutsche Eisenbahnerbund erklärt, daß der Deutsche Beamtenbund infolge seiner Haltung aus der Einheitsfront mit den Spitzenverbänden ausgeschlossen sei.

Es war eines der größten Ziele des verstorbenen Gewerkschaftsführers Karl Begien, eine Einheitsfront der Arbeiter, Angestellten- und Beamten-Organisationen zustande zu bringen. Diese Bemühungen sind nach obiger Meldung nunmehr endgültig durch das eigenmächtige Vorgehen des Beamtenbundes gescheitert.

Nach einer Meldung des Tageblattes aus Dresden teilt der Deutsche Eisenbahnerverband, Bezirk Dresden, mit, daß aus allen Ortsgruppen Nachrichten vorliegen, in denen die von der Regierung genehmigten Zulagen als völlig unzureichend abgelehnt werden. Die Stimmung der Mitglieder im Lande sei äusserst erregt. Bei nicht genügender Aufbesserung der Löhne und Gehälter sei mit Arbeitsniederlegungen zu rechnen.

Die Bahnschwierigkeiten im polnischen Korridor.

Nach einer Mitteilung des amtlichen Pressebüros hat der preussische Handelsminister auf eine kleine Anfrage im Landtage geantwortet, daß er wegen der Verrückung der Zugverspätungen bei der Durchfahrt durch den polnischen Korridor mit dem Reichsverkehrsministerium in Verbindung getreten sei. Sollten die Ursachen der Verspätungen bei der Durchfahrt durch den Korridor bei dem polnischen Personal oder bei der Mangelhaftigkeit der polnischen Betriebsmittel liegen, so werde er das Reichsverkehrsministerium ersuchen, bei der polnischen Regierung auf Abhilfe dringen zu lassen.

Deutschlands Ernte 1921. Wie eine Korrespondenz von unterrichteter Seite erfährt, beläuft sich Deutschlands Getreideernte im Jahre 1921 an Roggen und Weizen auf 9 989 047 Tonnen, an Gerste auf 1 985 995 Tonnen, zusammen auf 11 875 042 Tonnen. Davon sind durch Umlageverfahren 2 500 000 Tonnen erfasst, was ein Fünftel ausmacht. Die Erzeugung an Hafer betrug 64 989 Tonnen, an Kartoffeln 26 151 880 Tonnen.

Der internationale Stinnes. Tschechoslowakischen Blättern zufolge soll sich Stinnes mit bedeutenden Mitteln nunmehr auch an einer Aluminiumfabrik in Neapel beteiligen. Das Unternehmen wird auf eine Jahresproduktion von 20 000 Tonnen Aluminium eingerichtet werden.

Ich bin das Schwert!

Roman von
Kasemarie von Katharina.

(Fortsetzung.)

Im Kavalleriehaus standen alle Fenster geöffnet, Wärme gegen aus und ein. Es war ein lärmender Sommer in Temin. Karoline kamen vor dem Manöver. Er war meines Bruders Rittmeister bei den Ulanen. Zu gleicher Zeit nahm auch Graf Thiermer Urlaub, um ihn bei uns zu verbringen. Gräfin Walterbach erschien in Begleitung Robert's, den man zu ihrem zukünftigen Gatten erkoren hatte. Sie war eine reiche junge Witwe, die ihr Geld haufenweise im Lande verstreut. Das Wappen der Balkenhains zu vergolden, sollte fortan ihre Aufgabe sein.

Während diese Schönheit mir entzückend zu weit ging in den Freuden des Verkehrs, ließ ich mich von Eva Karoline's frivolstem Wesen in keiner Weise abhören. Es blieb mir nicht verborgen, daß sie, die ich hier unter Verhören sah, hier in den neuen Toiletten und mit dem lautesten Lachen, ein tief unglücklich Leben führte. Was sollte mir offenbar werden, wie grauhaft sie lebte und litt.

Eines Nachts wurde ich durch Klopfen an meinem Schlafzimmer aus meinem Traum geweckt. Eva fand mich und schielte im Dunkel mit bloßen Füßen und eiskalten Händen. Wie eine Verfolgte stützte sie durch die Tür, verließ die Türe im Augenblick, als wollte man sie von arken eindrücken. Dann warf sie sich mir an den Hals und ich...
Nimm mich auf, laß mich hier, er wagt sich nicht hierher, — o Gott, er schlägt mich sonst tot!

Ich war so entsetzt, daß ich kein Wort hervorbringen konnte. Gleich einer Todwunden sank sie in die Kissen. Ich stand dabei und zitterte wie Gras im Winde. Was war geschehen? Das furchtbare Schlagen des armen Weibes zog mich vor ihr auf die Knie. Schüchtern breitete ich meine Arme um sie her:

„Liebe, ...“ sagte ich, „beruhige dich, ich bin bei dir, ich habe dich...“

Sie hob den Kopf, ihr armes verrostetes Gesicht war mir zugewandt: „Ich ertrag es nicht mehr, ich laufe fort. Ich kann nicht mehr.“

Kalte Furcht schürzte mir die Brust zusammen. Unermüdetlich streichelte ich über ihre Hände, ihr wirres offenes Haar. „An den Haaren hat er mich geschleift, getreten hat er mich! Sieh her.“ Sie entblöhte mit wilder Gebärde ihren Arm, ihre Schulter. Das weiße Fleisch war mit roten und blauen Stellen bedeckt, blutunterlaufenen bösen Flecken, die von Schlägen und Tritten herrühren mußten.

„Wie ich konnte ich nicht ausgehen, weil er mich gezeichnet hatte. Auf dem letzten Hofball mußte ich Spitzen über den Arm legen, weil man seine Kräfte sonst gesehen hätte. Ihre Stimme überflügelte mich, ihr Gesicht verzerrte sich in Schmerz und Not: „Am nichts fängt er diese Szenen an, oft genügt ein Wort des Widerworts. Aber bald ist's genug! Ich tue etwas. Ich räche mich.“

Wie vergeht die jene Nacht. Mit glühender Schrift hat sie sich in mein Hirn gebrannt, diese stille, helle Sommernacht, in der du, Armste der Armen, mir deine Schmach bekanntest, dein unwürdiges Los, du Dienerrin, du Magd des Elends. Ach, wie verdüsterte sich meine Seele da in Hof und Empörung, wie düsterte sie nach Laten der Vergeltung.

„Du's doch gleich!“ rief ich. „Bleibe bei mir! Ich beschütze dich! Oder geh zu deinen Eltern, die dich lieben, deren Ehre die deine ist.“

Sie meinte nur, jelsam gebrochen sah sie da nach diesem wilden Ausbrüche der geknechteten Gefühle. „Zu meinen Eltern?“ schluchzte sie, „glaubst du, daß ich nicht zu ihnen flüchte?“ Braune und blaue Flecke am ganzen Körper, angriffene Haare habe ich ihnen gezeigt und gebeten, mich zu beschützen, wieder aufzunehmen. Was gaben sie mir zur Antwort? Sie würden die Ehre einer Scheidung, eines gesellschaftlichen Skandals nicht überleben! Ich hätte zu tragen, was Gott mir schickte, um mich zu demütigen, zu erniedern. Mit Gebuld und Gebet müßte ich den bösen Geist meines Mannes zwingen. Mama nahm mich noch einmal opfer ins Verhör und sagte mir, daß sie auch so schwer gelitten habe, aber darum doch nicht von ihrem Posten gewichen sei. Für einen Fahrenschillingen würde sie nie einen Finger rühren.“

Ich drückte meine Wange an ihr tränennasses Gesicht. „Siehe Eva, sprich nicht so!“ Ach, es gerührt mir das Herz! Was wohl meine Eltern gefagt hätten, wenn ich zu ihnen gekommen wäre mit der Bitte: Nehmt mich wieder auf! — Ja, waren mir wirklich hilflos einem grausamen Schicksal ausgeliefert? Konnten wir nicht auf und davon, irgendwohin, wo es für uns ein besseres Leben gab?

Als habe sie meine Gedanken erraten, sagte sie, die Augen mit der Hand beschattend und von Zeit zu Zeit erschauernd, wie in einem Schüttelfrost: „Wohin soll ich? Hast du je von Selene von Manfrott gehört? Nein? Natürlich nicht! Davon sprechen sie nicht! Aber siehst du, vor dem, was sie durchmachte, fürchte ich mich! Sie ging eines Tages, sie floh, weil sie nicht mehr konnte. Ach, wie oft habe ich sie um ihre Perlen beneidet, ihr kostbares Diadem. Nachher erfuhr man es, was sie gelitten. Aber man nahm sie nicht in Schutz. Niemand stand bei ihr. Ihre Verwandten stießen sie aus dem Familienverbande, keiner kannte sie mehr. Warum? Weil sie die Scheidung durchgesetzt hatte! Eine geschiedene Frau! Du weißt, welcher Veruch ihr anhaftet. In bitterster Armut hat sie gelebt, alles ver...“ Eva froh ganz in sich zusammen. „Ach, das muß so furchtbar sein! Denke doch, bei elenden Reuten irgendwo zwischen schmuckigen Möbeln haufen, viellecht von Hunger geplagt! An alle Bekannte wandte sie sich um zwanzig Mark. Bis sie dann dem einen nach... dann dem andern! Männer, die an ihrem Tische Setz getrunken, sie dann besauerten, überstelen und nachher an den Pranger stellten. Ach, diese Salunken!“ knirschte sie plötzlich auffahrend, wie gestochen, „Laut man ihnen denn nicht beikommen, haben sie immer recht, diese Tiere in Uniform und Garat? Was wollen sie denn von uns? Immer nur das eine! Wie wurde sind sie hinter einem her.“

Ich mußte die Nase halten, meine Hand auf ihren Mund pressen, damit ich. Schrei ungehört verklang. O Entsetzen, grauenhafte Schmach!

„Oder soll ich mich ertränken, wie Elfriede Gensbach? Ach, ich fürchte mich“, jammerte die Vermisste weiter und immer andere neben mir. Weißt du, wer ihr jetzt beglückt? Meta Wartenstein!“

„Prinzessin Wartenstein?“
„Ja, die Ehrenname vieler Festlichkeiten, die Schönheit aller Hofbälle, die Freundin erlauchter Personen.“
(Fortsetzung folgt.)

Skandalöse Handhabung der Wohlfahrtspflege.

Eigenartige Verwendung der Beschaffungsbeihilfe. — Lohnungsnachzahlung an Kriegsgefangene.

Die gestrige nur zwei Stunden dauernde Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich über eine Stunde allein mit der Handhabung der Wohlfahrtspflege. Von der linken wurden die eigenartigen Methoden bei der Auszahlung der Beschaffungsbeihilfen an Erwerbslose scharf kritisiert. Besonders ein Fall, wo einem Kriegsbeschädigten die ihm gesetzlich zustehende Beschaffungsbeihilfe durch Bezahlung von alten Ansprüchen seines Hausbesizers und von Gerichtsvollzieherkosten in rückständiger-bureaukratischer Weise vollkommen aufgerechnet wurde, erregte selbst bei bürgerlichen Vertretern Entrüstung. Der zuständige Deputierte, Stadtrat Dr. Mayer gab an, von diesen Fällen nichts zu wissen und versuchte seine Geschäftsführung durch Verlesung von verschiedenen nicht zur Sache gehörenden Gesetzesbestimmungen als loyal hinzustellen. Ergötzlich war es, als er dabei dem Volkstag und damit der bürgerlichen Mehrheit den Rat gab, zukünftig bessere Gesetze zu machen. Die Linke konnte diese Mahnung nur unterstreichen und verlangte energisch, daß die Wohlfahrtspflege nicht weiterhin zu einer Schikane der Notleidenden herabgedrückt werde. Ohne längere Debatte wurden 70 000 Mark zur Nachzahlung der Lohnung an Kriegsgefangene bewilligt und die Vertretung der Stadtverordneten für die Schulkonferenz gewählt.

In einer Erklärung stellt Stadtv. Frau Ven (U.S.P.) fest, daß entgegen der Behauptung des Senators Jansson in der letzten Stadtverordnetenversammlung, tatsächlich am Nachmittag Schulkonferenz mit dem Weichhof nach Danzig geholt worden ist.

Wahl von Stadtverordneten zur Schulkonferenz.

Als Teilnehmer der Freistaat-Schulkonferenz vom 21. bis 24. Januar wurden die Stadtverordneten Spill, Gebauer, Schmidt, Falkenberg, Dr. Thun, Frau Richter, v. Budzinski gewählt.

Die vom Senat erteilte Ermächtigung, zur Leistung der Ausgaben nach dem Haushaltsplan der Fürst- und Dänenverwaltung 1921/22 wurde ohne Rücksprache erteilt.

Die Erhöhung der Vergütung für das Schwesterpersonal im Städtischen Krankenhaus

beantragte der Senat. Mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1921 sollen für jede Schwester 6000 Mk., für jede Diensthelferin 2400 Mk. gezahlt werden.

Stadtv. Frau Ven erklärte sich mit der Erhöhung der Bezüge einverstanden. Aber in anderer Hinsicht ist eine Änderung angebracht. Der Diakonieverein verlangt von seinen Mitglieder höhere Schulbildung. Es gibt jedoch viele Personen, die die höhere Schulbildung nicht haben, und sich trotzdem zur Krankenpflege sehr gut eignen. Nicht höhere Schulbildung, sondern persönliche Eigenschaften sind zur Krankenpflege erforderlich. Der Senat möge seinen Einfluß dahin geltend machen, daß auch andere Kräfte zur Krankenpflege herangezogen werden.

Senator Dr. Schwarz erwidert, daß die Stadt mit dem Diakonieverein einen Vertrag geschlossen habe. Die Aufnahmebedingungen des Diakonievereins sind Angelegenheit des Vereins. Der Senat wolle aber im Sinne der Anregung vorstellig werden.

Die Gemeindeeinkommensteuer wurde wieder auf 550 Prozent festgesetzt. Der Beschluß hat lediglich formale Bedeutung. Nach ihm wird die Höhe anderer Kommunalsteuern festgelegt.

Eine Anfrage des Stadtv. Reiske (Zentrum) betr. Steuerentschätzung wurde nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt, da der Stadtv. Reiske nicht anwesend war.

Die Gehaltsabzüge der bei der Stadt beschäftigten Witwen.

Stadtv. Frau Richter (D.P.) fragt an, warum den in Gruppe 4 der städtischen Angestellten tätigen Witwen Gehaltsabzüge gemacht werden?

Stadtrat Dr. Meyer antwortete, daß nach einer Verfügung des Senats vom Februar 1921 Ausgleichszuschläge und Kindergeld aus anderen Rechten bis zu einem Drittel des Monatsgehalts angerechnet werden. Nach dem neuen Tarif für Senatsangestellte können alle Hinterbliebenenbezüge angerechnet werden. Das sei berechtigt, weil durch die Gehaltszahlung jeder Grund zur Witwenversorgung fortfällt. (Zuruf: Die Stadträte erhalten ja auch ihr Gehalt, trotzdem sie gute Einnahmen haben!)

Stadtv. Kunze (U.S.P.) erklärte sich im Prinzip damit einverstanden, daß Witwen von Staatsbeamten, die vom Staat beschäftigt werden, keinen Anspruch auf Ruhegehalt haben. Ganz entschieden müsse aber dagegen protestiert werden, daß man die erhöhten Pensionen abzog, bevor die Gehälter erhöht wurden. So sei einer Witwe ein Monatsgehalt von 316 Mk. ausgezahlt worden. Man möge die erhöhte Pension nur erst dann abziehen, wenn die Gehälter erhöht sind.

Stadtrat Dr. Meyer erklärt, daß in loyalster Weise vorgegangen werde. Die betreffenden Witwen bezögen das Tarifgehalt, das zu einem Teile aus Pension, zum andern Teile aus Gehalt bestehe. Entgegen dem Tarifvertrag hätten eine Reihe von Witwen Heberbezahlung erhalten, weil für Ausgleichszuschläge und Kindergeld doppelt erhalten. Dazwischen erhaltenen Summen mußten zurückstattet werden. In der „guten alten Zeit“ wären die Witwen mit der Pension nicht ausgekommen, und hätten sich deshalb der Stadt als billige Arbeitskräfte angeboten! Se. e sei das nicht mehr der Fall!

Stadtv. Frau Richter (D.P.) betont, daß die Verfügung des Senats vom Februar 1921 nicht berechtigte, zuviel ge-

zahlte Summen aus den Jahren 1918-20 abzuziehen. Von einer Witwe habe der Senat 4000 Mk. zurückverlangt und bis auf einen Rest von 500 Mk. auch abgezogen. Ganz entschieden müsse verurteilt werden, daß die Frauen durch Androhung der Entlassung zur Anerkennung der Abzüge gezwungen wurden.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) betonte, daß man das von der Stadt angewandte Verfahren wohl kaum loyal nennen könne.

Stadtrat Dr. Meyer antwortete, daß ein Irrtum vorliegen müsse, wenn sich die Vorfälle so abgespielt haben. Als Grundlage der Entlohnung diene der Tarif. Die Behörden seien verpflichtet, danach zu handeln.

Stadtv. Frau Ven bekundete unter Protest ihrer Parteigenossen, daß bei persönlichen Verhandlungen Stadtrat Dr. Meyer stets entgegenkommend sei. Aber auf die unteren Beamten des Wohlfahrtsamtes müsse eingewirkt werden. Es fehle eine geregelte Hausordnung. Den Hilfsangestellten werde bei jeder Gelegenheit mit Entlassung gedroht, wodurch die Arbeitsfreudigkeit nicht gehoben werde.

Die Aussprache war damit beendet.

Die Auszahlung der Beihilfen an Invaliden.

Stadtv. Frau Richter (U.S.P.) stellte mit, daß ihr eine Reihe von Fällen bekannt geworden ist, wo die Bezüge der Auszahlung der Beihilfe verweigert, weil die Renteneinkünfte 600 Mk. Einkommen hätten. Es möge eine Stelle eingerichtet werden, wo diese abgelehnten Anträge geprüft werden, denn nach dem Gesetz haben alle nicht vollbezahlten Arbeitsinvaliden Anspruch auf die Beihilfe.

Senator Dr. Schwarz war mit der Einrichtung der Prüfungsstelle einverstanden. Bisher seien ihm erst 10 Beschwerden bekannt geworden. Von der 600 Mark-Grenze sei ihm nichts bekannt.

Stadtv. Schmidt (R.) erklärt, daß auch er Beschwerden erhalten habe, weil Mutter dauernd, vollbezahlte Arbeit habe. Der Standpunkt des Ausschusses sei gewesen, alle in Rentenempfänger 200 Mk. Beihilfe zu zahlen. Die Verteilung der Beihilfe an die Arbeitsinvaliden war schlecht organisiert. Die alten Leute mußten sich stundenlang anstellen. Mit der Bestimmung „dauernd, vollwertiger Arbeit“ sei von dem Wohlfahrtsamt Mißbrauch getrieben. Allgemein habe man erwartet, daß die Beihilfe vor Weihnachten ausbezahlt wird. Bei der Gehaltserhöhung der Beamten habe man alles so weit geordnet, daß die Bezüge noch vor Weihnachten ausbezahlt werden konnten. Bei den paar Mark für die Invaliden seien jedoch formalitäten zu erfüllen, daß das Geld erst nach Weihnachten zur Auszahlung kam.

Stadtrat Dr. Meyer erwiderte, daß die komplizierten Bestimmungen des Gesetzes eine frühere Auszahlung unmöglich gemacht hätten. Als Redner die Schuld daran der Linken zuschieben wollte, erklärte diese unter allgemeiner Heiterkeit, daß „Senator Schwarz das Gesetz gemacht“ hat!

Das Wohlfahrtsamt als Beschützer der Hausbesitzer.

Stadtv. Frau Ven (U.S.P.) wies auf die befremdliche Tatsache hin, daß das Wohlfahrtsamt die Beschaffungsbeihilfe zur Bezahlung von Schulden verwendet habe, sodas nichts übrig blieb. So habe man von der Beschaffungsbeihilfe einer Frau, deren Mann schwerkranker Kriegsinvalid ist, die Miete und sogar die Gerichtsvollzieherkosten bezahlt. Der Hausbesitzer Kresin, Burgstraße, der ein vermöglicher Mann ist, hat ein Teil der Möbel der Frau einbehalten. Jetzt verlangt er sogar, daß die Möbel sofort abgeholt werden, widrigenfalls Lagergeld erhoben wird! Die Frau ist nicht in der Lage, die Sachen abzuholen.

Stadtrat Dr. Meyer erklärte, daß er davon nichts weiß. (Zuruf Grünhagen: „Sie wissen ja immer nichts!“) Eine solche Handlungsweise könne er natürlich nicht billigen. Auf Wunsch der Erwerbslosen sei ein Teil der Beihilfe für Arbeitslose in Naturalien gezahlt und auch zur Bezahlung von Schulden benutzt worden.

Stadtv. Schmidt (R.) stellt fest, daß die Verschlechterungen des Gesetzes, die die Auszahlung der Beihilfen vor Weihnachten nicht ermöglichten, von der Deutschen Nationalen Fraktion stammen. Es sei nicht nötig, daß die Ermittler des Wohlfahrtsamtes die Erwerbslosen auf den Wegen zur Begleichung der Schulden begleiten. Ferner beschäftigt sich Redner mit dem Referendar Friedrich vom Arbeitsamt, der den Obmann des Arbeitslosenrates nicht mehr anerkennen wolle, weil gegen diesen ein Verfahren wegen Beamteneiteligkeit schwebt.

Der Dank des Vaterlandes!

Stadtv. Genossin Szymanski schilderte das Verbrechen, das an der Frau eines Kriegsinvaliden begangen worden ist. Der Mann ist durch ein Nervenleiden, das er sich im Felde zugezogen hat, fast blind und befindet sich seit einem halben Jahre im Krankenhaus. Zwei Kinder sind an Scharlach erkrankt. Weil die Frau drei Monate mit der Miete im Rückstande blieb, gab das Mietvereinigungsamt bedauerlicher Weise dem Wirt das Recht zur Kündigung. Die Frau wurde auf die Straße gesetzt, wobei keinerlei Rücksicht auf die Möbel genommen wurde. Das Wohnungsamt wies der Familie des fast blinden Kriegsbeschädigten eine Wohnung im Dachgeschoss, fünf Treppen hoch, an. Der Aufgang ist für einen gesunden Menschen schon lebensgefährlich. Der frühere Hauswirt Kresin, Burgstraße, behielt einen Teil der Sachen ein und verlangt jetzt, daß die Möbel sofort abgeholt werden. Es ist bedauerlich, daß das Wohlfahrtsamt in diesem Fall die Beschaffungsbeihilfe zur Rückzahlung verwendete. Ein ähnlicher Fall ist noch in der Schwebe. Da weitere Wortmeldungen nicht vorlagen, wurde die Aussprache geschlossen.

70 000 Mark für ehemalige Kriegsgefangene.

Im Oktober 1919 beantragte der Magistrat die Bewilligung von 150 000 Mk., um den heimkehrenden Kriegsgefangenen eine Beihilfe zu gewähren. Von dieser Summe sind nur 85 000 Mk. verbraucht worden, ein Beweis dafür, daß die Grenze der Bedürftigkeit zu eng gezogen war. Das Deutsche Reich hat jetzt 60 Millionen Mark zur Nachzahlung der Lohnung der Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt. Zur Nachzahlung an ehemalige Kriegsgefangene in Danzig würden etwa 70 000 Mk. erforderlich sein.

Stadtv. Nitz (D.P.) beantragt deshalb, diese Summe aus dem im Jahre 1919 bewilligten Fonds zu entnehmen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Gegen 8 Uhr war die öffentliche Sitzung beendet. Das Haus trat alsdann in die geheime Beratung ein.

Danziger Nachrichten.

Rehre jeder vor seiner Tür.

Summs . . . parhaus.
Da liegt du auf der Nase.
Langweg.
Und kannst kein Glied mehr rühren.
Du . . . weh . . . au . . . weh . . .
Doooooooooh Doooooooooh.
Schließlich kannst du dich wieder aufrichten und mühsam vorwärts bewegen.
Und es ginge sich ja viel . . . viel besser und du hättest gar nicht auf deinem Nasenvorsprung gelegen, wenn . . . ja wenn die Gehsteige vom Schnee gereinigt worden wären oder wenn die Hausbesitzer wenigstens kräftig Nische gestreut hätten.
Und davon gibts doch im Winter reichlich genug . . . trotz der K o h l e n o t .
Und deine drei Buchstaben hätten mit der harten Schneefruste keine so unsanfte Verletzung gehabt, wenn die Polizei auch danach sehen würde, daß die Gehsteige gereinigt würden.
Und Gehsteige sollen schließlich keine Glättebahn sein.
So aber mußt du auf der Straße den Salometanz der sieben Schleier aufzuführen und dich vorwärts bewegen im Tempo der Eshernacher Springproffession . . . zwei Schritte vor . . . ein Schritt zurück . . .
Das Gehen wird zum Schleifen, zum unmannlichen Gieranz. Du schlingerst dich vorwärts wie eine alte Dampfbarokasse bei hohem Seegang.

Und die armen Pferde.
Ziehst du, wie sie mühsam den schweren Lastwagen ziehen?
Und dabei ausgleiten . . . hinfallen?
Aber . . . wie wäre es . . . das gute, alte Sprichwort in die Tat umzusetzen:
„Rehre jeder vor seiner eigenen Türe“ . . . den Schnee weg.
Und hat er das getan, dann streue er Nische . . . nicht wie ein reuiger Sünder auf sein Haupt . . . nein . . . auf den Gehsteig.
Darum Tier- und Menschenfreunde heraus.
Schneeschipper an die Hausfront!

Und wenn jeder das Sprichwort nicht nur für den Schnee, sondern auch in übertragener Sinne für alle persönlichen Dinge, die einen andern einen „Dreck“ angehen, anwenden würde, dann wäre das Leben noch einmal so schön und noch einmal so lebenswert.
Und schließlich: Ketin Engel ist so rein und so fest auf den Beinen, daß er auf dem Glätteis des Lebens nicht auch einmal, und wenn nur ein Bißel, ausgerutscht wäre.
Darum sei in diesen Tagen des Schnees und des Glätteis auch dem ruppigsten Kritiker gegenüber wiederholt:
„Rehre jeder vor seiner eigenen Türe.“ — „Und streue Nische.“
Gustav Giblhm.

Wichtig für geschädigte Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten.

Zu der kürzlich wegen Verübung größerer Raubtatschwindelien in Ropyot erfolgten Festnahme eines raffinierten Ausbenters notleidender Flüchtlinge, des Kaufmanns Gustav Schultkeis, der seit Februar 1921 in Danzig und Ropyot unter dem Namen „Danziger Treuhand“ ein Agenturbureau führte, geht uns von der Beratungsstelle Danzig des „Deutschen Ostbundes G. B.“ folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu:
Vor der „Danziger Treuhand“ müssen alle Flüchtlinge dringendst gewarnt werden. Zur Auskunfterteilung in Entschädigungsfragen an im Gebiet der Freien Stadt Danzig wohnhafte deutsche Flüchtlinge aus den abgetretenen Grenzgebieten Preußens auf Grund des Verdrängungsschäden-Gesetzes und Entgegennahme von Verdrängungsschäden-Anmeldungen ist für das Gebiet der Freien Stadt Danzig allein die „Beratungsstelle Danzig des Deutschen Ostbundes, e. V.“ befugt. Die „Danziger Treuhand“ darf keinerlei Anträge dieser Art entgegennehmen. Alle Personen,

die auf Grund früherer Zeitungsanzeigen bei der „Danziger Treuhänder“ einen Verdrängungsantrag eingereicht haben, werden — gleichgültig, ob ihnen von der „Danziger Treuhänder“ eine Vorladung bzw. Provisionsentlastung erteilt worden ist oder nicht — in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, sich umgehend persönlich oder schriftlich bei der Danziger Vertretungsstelle des Deutschen Ostbundes, c. B., Neugarten 11, 4 Tr., zu melden. (Sprechzeit werktäglich außer Sonnabend von 4 bis 6 Uhr.)

Merksblatt für Junge Mütter.

Von Dr. Elisabeth Georgi (Hürtch).

Preisgekrönt vom Dänischen Verein für Säuglingspflege.

1. Du sollst dein Kind mit Muttermilch ernähren, damit es ihm wohl geht und es lange lebe. Wenn dir die Deute vom Stillen abtraten, so folge ihnen nicht. Garre aus, auch wenn das Kind nicht gleich die Brust nimmt; Garre aus, auch wenn die Milch im Anfang fehlt. Wenn du das Kind geduldig immer wieder anlegst, so wird es zuletzt trinken lernen, und die Wabrung wird reichlicher fließen.

2. Du sollst dein Kind neun Monate lang stillen, und wenn es möglich ist, so stille noch länger. Daß du nur wenig Milch, so gibt dem Kinde doch das wenigste, was du hast; und daß du täglich nur selten zum Stillen gehst, so gibt dem Kinde Heber selten die Brust als gar nicht; und wenn du dich bald nach der Geburt von deinem Kinde trennen mußt, so stille es wenigstens in den ersten Wochen. Denn jeder Tropfen Muttermilch ist kostbar, und sein Nutzen für das Kind kann nicht mit Gold aufzuwiegen werden.

3. Stille dein Kind im ersten Monat fünf- bis sechsmal täglich, später fünfmal täglich. Daß zwischen zwei Mahlzeiten stets drei bis vier Stunden verstreichen, und mache nachts eine Pause von wenigstens acht Stunden. Reinige Brust und Nände, bevor du dein Kind anlegst. Reiche ihm bei jeder Mahlzeit nur eine Brust und laß es höchstens eine Viertelstunde lang trinken. Wenn du stillst, so nähere dich selbst reichlich, aber nicht übermäßig. Trunk und Stille, was dir behagt, aber vermeide alkoholische Getränke. Stille nur in der kühlen Jahreszeit ab, und stille allmählich ab.

4. Wehe dem Säugling, der die Muttermilch entbehrt. Er ist von Gefahren umgeben; der Tod lauert ihm auf. Wehe der Mutter, die ihr Kind künstlich ernährt. Sie hat Koffen und Mühe: Tag und Nacht lebt sie in Sorge. Nur im äußersten Notfall darfst du dein Kind ohne Muttermilch aufziehen, aber sei dann doppelt sorgfältig, doppelt gewissenhaft. Gib dem Kinde reinliche, unverdorrene Milch von gesunden Mätern oder Säuglingen. Hüte dich vor den Nährpräparaten (Kindermehl, usw.); sie kosten viel und taugen wenig.

5. Halte alle Milchgefäße reinlich sauber. Koche die Milch, sobald sie ins Haus kommt, und bewahre sie dann zugedeckt an einem reinlichen, kühlen Orte. Milche die Milch mit Wasser und Zucker. Der Arzt sagt dir, was für eine Mischung deinem Kinde zuträglich ist, und wieviel Flaschen du ihm täglich geben darfst. Hüte dich vor der Überfütterung deines Kindes.

6. Wähme die Milchflasche vor jeder Mahlzeit in hellem Wasser, bis sie gerade so warm ist, daß du sie an einem Augenschilder gut ertragen kannst. Behalte die Flasche in der Hand, während das Kind trinkt, und nimm sie fort, sobald es genug hat. Den Milchrest in der Flasche kannst du im Hausabfall verwenden, aber das Kind darf ihn nicht mehr bekommen. Spüle die Flasche sofort nach der Mahlzeit aus, wasche den Gummisauger in Salzwasser und verwahre ihn in reinem Wasser. Verwende nur kurze Sauger.

7. Gib dem Kinde ungefähr vom achten Monat an täglich ein bis zwei Eßlöffel sorgfältig gekochtes, fein gewiegtes grünes Gemüse, bald auch gekochtes Fruchtmus.

8. Halte das Kind reinlich! Wache es täglich in warmem Wasser (26 Grad Reaumur oder 82 1/2 Grad Celsius); wasche seine Augen mit zetaem Wasser. Sobald die Zähne da sind, fahre auch der Mund gereinigt werden, nicht früher! Schneide regelmäßig die Nägel des Kindes. Sobald die Windeln naß sind, lege das Kind trocken. An Windeln und Puder darf man nicht sparen! Halte Wäsche, Bett und Zimmer des Kindes reinlich! Du sollst dem Kinde fetten Lutscher (Schmier) geben.

9. Laß Luft und Licht an sein Bett heran. Bringe es viel ins Freie. Hüte täglich Bett und Zimmer! Ziehe dem Kinde nur wenige Stücke an und wickle nicht! Wenn dein Kind erkrankt, so rufe sogleich den Arzt. Gib dem kranken Kinde nichts als dünnen Tee, bis der Arzt kommt. Kinder, die mit der Reiche aufgezogen werden, erkranken häufig.

Der Zentralverband der Hotels, Restaurants und Cafés-Angestellten hielt am Montag eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Gewerbehause ab. Ueber das aktivierte Lohnabkommen wurde ein ausführlicher Bericht erstattet und stimmte die Versammlung dem Tarif zu. Gleichzeitig wurde aber der Vorstand auch beauftragt, zur gegebenen Zeit d. h. möglichst bald den Tarif zu kündigen und neue Verhandlungen in die Wege zu leiten. An der Aussprache wurden von Angestellten des Deutschen Hauses, Anst. Barloe, dort bestehende Mißstände kritisiert. So sollen die festbestehenden, nur ungenügend entlohnenden Angestellten aus den Einrichtungen der Kellner aufgehoben werden. Auch die Behandlung des Personals soll sehr viel zu wünschen übrig lassen. In einer Entschließung sprach die Versammlung dem Arbeitgeber ihr Vertrauen aus und lehnt es entschieden ab, sich wieder von den privaten Stellungsvermittlern ausbeuten zu lassen. Da immer noch eine Reihe von großen Betrieben keine Arbeiterauswahl hat wählen lassen, wurde gefordert, daß das Gewerbe-Aussichtsamt mehr wie bisher für die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen Sorge tragen soll. Ein Antrag der Verbandsleitung auf Einsetzung eines Kontrollbeamten für Durchführung der Arbeiterauswahlbestimmungen ist vom Senat abgelehnt worden. Es soll an die politischen Parteien herangewendet werden, um im Parlament diese Forderung zu vertreten.

Der Kreisstag für den Kreis Danziger Höhe.

Neuregelung des Tarifes für elektrischen Strom.

Am Sonnabend den 4. Februar, vormittags 10 Uhr, findet im Rathaus ein Kreisstag des Kreises Danziger Höhe mit nachfolgender Tagesordnung statt: 1. Be-

schlußfassung über die anderweitige Regelung der Anstellung- und Beförderungsverhältnisse der Kreis-Kommunalbeamten; 2. Erhöhung des Strompreises der Ueberlandzentrale Straßschin-Prangschin, 3. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung der Kreis-Kommunalkasse, 4. Wahl der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung, 5. Neufestsetzung der Grundhöhe, nach denen Kreisbeiträge zum „Gemeinbewegebau“ gewährt werden können, 6. Erweiterung des Erwerbslosenfürsorge-Ausschusses um je ein Mitglied aus dem Stande der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, 7. Ergänzung der Vorklassliste der zumitsvorstehern befähigten Personen für den Amtsbezirk Meisterwalde, 8. Erörterung einer Anfrage des Kreisstadtsabgeordneten Brill-Ohra, deren Inhalt dem Kreisstag mündlich mitgeteilt werden wird, 9. Beschlußfassung über den Antrag des Kreisstadtsabgeordneten Brill-Ohra, die von der Kreispartkasse der Ortskrankenkasse des Kreises Danziger Höhe als Darlehn überwiesenen 60 000 Mark zu erlassen und auf den Kreis zu übernehmen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung bringt die Kommission für die Verwaltung der Ueberlandzentrale, die auf dem letzten Kreisstag zur Ausarbeitung der Strompreise durch die Abgeordneten Schamp-Suckschin, Sommer und Brill-Ohra erweitert wurde, eine Vorlage ein, wonach die minderbemittelte Bevölkerung niedrige Kreise zu zahlen hat und zwar bei einem Jahresverbrauch bis 75 Kilowattstunden Lichtstrom 50 Prozent des Normalpreises, bei einem Jahresverbrauch bis 100 Kilowattstunden Lichtstrom 75 Prozent des Normalpreises. Der Normalpreis für Lichtstrom soll 2,80 Mk. für die Kilowattstunde und der Normalpreis für Kraftstrom 2,40 Mark für die Kilowattstunde betragen.

Mieran. Gr. Werber. Eine sozialdemokratische Versammlung fand am 12. Januar hier statt. Genosse Stufkowski-Gischwalde referierte über die Gewerkschaften und politischen Parteien. Redner beleuchtete in großen Zügen die Entstehung des Kapitalismus und ging näher auf das Wesen der Gewerkschaften ein. Sodann beleuchtete er sämtliche politischen Parteien und vor allem die Politik des Bürgerblocks. Am Schlusse richtete Genosse Stufkowski einen warmen Appell an die Versammlungsteilnehmer, dazu beizutragen, daß mit jeglichem Regime bei der nächsten Wahl unter allen Umständen ausgeräumt werde. Er schilderte die Notwendigkeit der Erstarkung der sozialdemokratischen Partei, deren Ziel es stets gewesen sei, die Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien. Ein Anzahl Versammlungsteilnehmer ließ sich in die Partei als Mitglieder aufnehmen, so daß eine Ortsgruppe gegründet werden konnte.

Aus dem Osten.

Einen überraschenden Freispruch fällte die Elbinger Strafkammer in mehr wie dreißigstündiger Sitzung in der Berufungsverhandlung gegen den 40 Jahre alten früheren Waffenschmied Fritz Rammingen aus Marienburg, der wegen verbotener Waffenausfuhr und wegen verurteilter Beamtenbestechung angeklagt war. Rammingen verurteilte bekanntlich am 22. Oktober an der Paktkontrolle an der Magatbrücke 50 Pistolen in den Freistaat Danzig einzuschmuggeln, was nicht gelang. Dabei versuchte er den Beamten zu bestechen. Er hatte schon vorher zweimal im ganzen 140 Pistolen über die Grenzbrücke nach dem Freistaat ausgeführt. Es wird angenommen, daß dies noch öfter der Fall gewesen ist. Die Pistolen waren für das Waffengeschäft M. K. Elber u. Zwiellich in Danzig bestimmt. Der Inhaber dieser Firma, Max Kelter, ist ein Schwager des Rammingen. Die Waffen, die Privatwaffen und keine Militärwaffen waren, stammten von der Firma Christian Schilling in Zuhl. Das Schöffengericht hatte angenommen, daß die Pistolen leicht in die Hände der Polen gelangen könnten und verurteilte Rammingen am 17. November 1921 zu 4 Monaten 2 Wochen Gefängnis und 60 750 Mk. Geldstrafe oder einem weiteren Jahr Gefängnis. Die Strafkammer sprach R., soweit es sich um die verbotene Waffenausfuhr handelt, frei, da eine Verordnung über Privatwaffen in dieser Beziehung nicht besteht. Wegen der verurteilten Beamtenbestechung erhielt R. 1500 Mk. Geldstrafe. Diese Strafe wurde auf die erlittene Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht.

Streik der Zeitungsträgerinnen in Königsberg. Die Zeitungsträgerinnen der bürgerlichen Presse sind geitern infolge Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Streik getreten. Die Arbeitgeber lehnten den Eintritt in Verhandlungen ab. Mit der „Königsberger Volkszeitung“, der „Freiheit“ und der „Roten Fahne des Ostens“ sind auf Grundlage der Forderungen Vereinbarungen zustande gekommen, so daß diese von dem Streik nicht betroffen werden.

Zwei Dräber zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht in Allenstein verurteilte die Brüder Stanislaus und Joseph Piejda wegen Ermordung der Arbeiterin Rudnizki zum Tode. Die Arbeiterin Adamski wurde wegen Beihilfe zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt.

Briefe, die ihr Ziel nicht erreichten. Der Postgehilfe B. aus Dirschau wurde vor kurzem verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert. B. war zum Bahnpostwagen auf der Station Danzig zur Empfangnahme von Briefen und Postsendungen kommandiert. Nach Empfangnahme der Sendung traf er unter einigen hundert Briefen, die größtenteils aus Amerika stammten, eine Auswahl und heimte die Dollars, die amerikanische Verwandte als Jahresgeschenk gesandt hatten,

ein. Er öffnete die Briefumschläge, entnahm ihnen die Wertgegenstände und warf die Briefe fort.

Mordmord bei Deutsch-Krone. In nächster Nähe der Stadt wurde ein Flüchtling aus Polen ermordet und beraubt aufgefunden. Als Täter wurde der 25 jährige arbeitslose Rutscher Blankenburg verhaftet. Beide hatten sich auf dem Bahnhof Schneidemühl kennen gelernt, wo B. feststellte, daß der Flüchtling im Besitz größerer Geldmittel war.

In 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde die Ehefrau Plumbaum aus Berlinchen bei Landsberg, weil sie einer ganzen Reihe von Personen die Selbstmord abgetrieben hat und dabei den Tod von 8 Personen verursachen konnte.

Aus aller Welt.

Der Heidelberger Mordprozess.

Vor den Heidelberger Geschworenen begann Montag die Verhandlung gegen den des Mordmordes, des versuchten Mordes und des Meineides angeklagten 24 jährigen Schmied Leonhard Stiefert, der bekanntlich am 22. Juli 1921 den Oberbürgermeister Wuffe aus Herford und den Bürgermeister a. D. Werner ermordet und beraubt haben soll. Vor Eintritt in die Verhandlung bemerkte der Vorsitzende zu den Geschworenen, daß in dieser Sitzungsperiode vor dem Heidelberger Schwurgericht nicht weniger als sechs Mordtaten zur Aburteilung kämen. Stiefert erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, ob er die ihm zur Last gelegten Straftaten eingestehen wolle, daß er an allem unschuldig sei. Er gibt dann über sein Vorleben Auskunft. Während des Krieges lag er in verschiedenen Lazareten krank. Er hat sich als Soldat gut geführt und ist mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet worden. Auf Befragen muß Stiefert eingestehen, daß er ein guter Schütze war und auch einen Schießpreis erhalten hat. Buerst wird nun in der Meineltsache verhandelt. In einer Verhandlung vor dem Schöffengericht wegen eines Fahrraddiebstahls, in der der Angeklagte als Zeuge vernommen wurde, hat er auf Anfrage, ob er etwa selbst der Dieb sei, erklärt, daß er auf keinen Fall als Dieb in Frage kommen könne. Die Auslagen des Angeklagten machen einen durchaus unsicheren Eindruck. Er vermittelte sich gleich zu Anfang in Widerspruch. Bei der Zeugenvernehmung erklärt der Betriebsvorsteher der Eisenbahn, daß der Angeklagte sich bei der Eisenbahn als williger und aufsteiger Mensch erwiesen hat. Stiefert war an dem Mordtage der beiden Bürgermeister, an dem auch der Ingenieur Link in Heidelberg ermordet wurde, beurlaubt. Bei der Rückkehr am 30. Juni habe er seinen Sonntagsgang getragen. Die weitere Zeugenvernehmung bezieht sich auf die Anklage wegen Meineids und auf die Einzelheiten des Fahrraddiebstahls.

Sturmkatastrophe in Spanien. Ein starker Sturm hat vorgestern nachmittag in Spanien eingeseht und brachte im Hafen von Vigo viele Schiffe zum Sinken.

Ein Streik der chinesischen Seelente hat die Abreise der Ozeandampfer aus Hongkong verhindert. Die Flugschiffahrt liegt vollkommen still.

Im Segelboot über den Ozean. Der technische Leiter der Bodenseewerft A.-G. in Hard, Frank Plunder, baut ein 14 Meter langes und 3,10 Meter breites Segelboot, um im Frühjahr 1923 von Genua nach New York zu fahren. Das Boot wird bis zum Frühjahr 1922 fertiggestellt sein und wird im Sommer zu Fahrten unter Führung vergeben.

Wieder eine Schiffskatastrophe auf See. Ein Fischdampfer landete in Lowestoff (England) die Ueberlebenden von dem deutschen Dampfer Westa, der auf der Fahrt von Hamburg nach Lissabon begriffen war. Der Dampfer war am frühen Morgen in Brand geraten, wobei eine Explosion erfolgte. 11 Mann der Besatzung wurden durch die Explosion getötet oder ertranken.

Die Rache des Reppers. Von dem Wettkonzerninhaber Karl Köhn wurde gegen sämtliche an dem Wettkonzern beteiligten Einleger wegen Glückspiels bzw. Beteiligung an öffentlichem Glückspiel, Beihilfe zum Vergehen gegen das Glückspielgesetz oder gegen § 3 des Totalitatorgesetzes Strafantrag gestellt. Sollte seine Strafanzeige von Erfolg sein, so würden allein für Berlin 22 000 Einleger als Angeklagte in Frage kommen. Das Vorgehen Köhns mutet wie ein schlechter Witz an. Erst plünderte er diejenigen, die nicht alle werden, aus, um sie nun wegen ihrer Dummheit noch dem Strafrichter zu überantworten. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß seine Anzeige Beachtung findet. Seine Rolle als Betrüger erscheint durch dieses Manöver keineswegs im milderen Licht.

Die Schließung der deutschen Westfestungen. Dem Reichstag ist ein Entwurf zugegangen, her die Aufhebung der Festungen Wesel, Bielefeld, Koblenz, Mainz, Germersheim, aller sonstigen ober- und rechtsrheinischen Forts und der Küstenfestungen Friedrichsort, Kiel und Helgoland auszusprechen. Die Entente hat ausdrücklich die Annahme eines solchen Gesetzes durch den Reichstag gefordert. Der Reichstag wird aber andererseits verlangen können, daß Frankreich nicht die Ostforts gewisser Rheinestellungen bestehen läßt, wie anscheinend beabsichtigt ist.

Die Grippe hat sich in Stockholm so stark verbreitet, daß fast die Hälfte der Einwohnerchaft mehr oder weniger daran erkrankt ist.

Die Ungetreuen von Jever. Um die Ehrlichkeit seiner Kunden zu prüfen, kam ein Kaufmann zu Jever in Oldenburg auf einen originellen Einfall. Er legte 24 Schokoladentafeln auf seiner Ladentisch. Bald waren nur noch vier Tafeln da. Die mehrlichen Kunden, die die Tafeln heimlich mitgenommen haben, werden zu Hause wohl kaum ein geistreiches Gesicht gemacht haben, denn die Hülsen enthielten anstatt der Schokolade Holzplatten.

Danziger Nachrichten.

Die höchste Stufe.

Der niedrigste Lügen- und Verleumdungsmethode hat der unabhängige Redakteur Gebauer in seiner Zeitung „Freiheit“ wieder einmal glücklich erreicht. Im direktem Gegensatz zur Wahrheit schwindelt er seinen Lesern vor, daß die „Volksstimme“ eine von ihm zugesandte „Berichtigung“ nicht gebracht habe. Bekanntlich hatte Herr Gebauer, daran Anstoß genommen, daß mir anlässlich seiner Verdächtigungen beim „Eingang“ der „Brücke“ an seine Beziehungen zu dieser Zeitschrift erinnert haben. Von seiner darauf erfolgten „Berichtigung“ gehen wir in loyaler Weise in Nr. 10 der „Volksstimme“ vom Donnerstag, den 12. Januar, Kenntnis. Wir verfahren dabei noch besonders schonend, indem wir auf ein Eingehen auf einige sehr merkwürdige Sachverhalte verzichteten. Unter dieser uns zur Vermeldung persönlicher Auseinandersetzungen auferlegten Zurückhaltung glaubt Gebauer nun zu den widerlichsten in seiner Person hinreichend begründeten Schimpfereien übergehen zu können. So spricht er aus alter Gewohnheit uns gegenüber wieder einmal von Verleumdern und Lumpengesindel.

Wir wollen an Stelle solcher nicht ernstzunehmenden Schimpfereien, lieber die Tatsachen reden lassen. Gebauer bestätigt in seiner „Berichtigung“ unsere Behauptung selbst, daß er an der „Brücke“ mitgearbeitet hat. Er will dazu jedoch gezwungen gewesen sein und zwar um einem übernommenen Artikel eine richtige Auslegung zu geben. Abgesehen davon, daß ihm für diese Interpretation sicherlich auch andere Wege offen standen, hat Gebauer damals selbst erklärt, daß er an der „Brücke“ mitarbeitete, weil er im Geldbrud sei. Wenn er jetzt behauptet, daß er erhaltenes Honorar, das er damals übrigens auch als zu gering bemängelte, für Wohlfahrtszwecke verwandt zu haben, so klingt das zwar sehr schön, aber wenig glaubhaft. Schon diese wenigen Tatsachen zeigen aber wohl am besten, wie treffend sich Gebauer selbst charakterisierte als er von Verleumdungen und Lumpereien sprach. Oder will Herr Gebauer ernstlich, daß wir uns noch näher mit ihm beschäftigen?

Die Tragödie einer Ehe.

Ein Gattenmord vor dem Schwurgericht.

Die zweite Verhandlung des gegenwärtig tagenden Schwurgerichts, welche heute noch fortgesetzt wird, betraf eine Anklage wegen Totschlags, den die Musikerfrau Paula Detloff geb. Schnorrkornski gegen ihren Ehemann Eugen D. am 24. August v. J. verübt hat. Die Anklage stützte sich zum Teil auf Vorgänge der Vorkriegszeit und warf ein scharfes Streiflicht auf gewisse Dinge, welche damals durchaus nicht vereinzelt dastanden.

Die Mutter der Angeklagten besaß ein Lokal mit weiblicher Bedienung in der Abbergasse. Die Tochter wuchs in dieser nicht immer ganz reinlichen Atmosphäre auf bis sie in einem Blumengeschäft in die Lehre kam. Das leblich hübsche und offenbar durch frühzeitigen Alkoholgenuss für sinnliche Reize empfänglicher gemachte Mädchen geriet einem Offizier in die Hände, der es verführte. Nun war das Kind da, das fast vom ersten Augenblick seines Daseins an dieselbe Atmosphäre wie die junge Mutter einso. Diese scheint die ganze Angelegenheit aber doch etwas zu leicht aufgefaßt zu haben, denn eines Tages wurde ihr das Aufsichtswort über das Kind vorläufig entzogen. Nach der Verheiratung mit dem damaligen Musiker Eugen Detloff vom 128. Inf.-Regt. erhielt sie das Kind wieder zurück. Die Angeklagte machte keinen Hehl daraus, daß ihr Vorleben nicht makellos war, verschwiegen auch nicht, daß sie ihren Mann während seiner Abwesenheit im Kriege hintergangen. Im allgemeinen scheint sie jedoch innerlich den Wunsch gehabt zu haben, aus den Verhältnissen zu Hause fortzukommen und dazu schenkte ihr der Heiratsantrag Detloffs, den sie schon aus seinem Verkehr im Lokal ihrer Mutter der Angeklagten das Trinken so stark angewöhnt, so daß er, nachdem er die Angeklagte im Herbst 1910 geheiratet, bald darauf wegen Unpünktlichkeit im Dienst entlassen wurde. Er wurde darauf Zivilmusiker und hatte kein schlechtes

Auskommen. Selber genies er dann auf dem Abwege, nämlich in Bezug auf das weibliche Geschlecht und schaffte sich verschiedene Liebhaber an. Er gestand diese Dinge auch seiner Ehefrau ein. Da sie, ihrem eigenen Bekenntnis nach, ihren Mann sehr liebte, so verglich sie ihm diese, wie auch andere ähnliche Sachen. Während des Krieges wurde D. wieder zur Armee und kam als Wachtmeister schließlich zu seinem früheren Regiment zurück, von wo aus er später in die Kapelle der Schupo übernommen wurde. Lange währte das aber nicht und D. mußte im Januar 1921 auch dort wegen Unpünktlichkeit im Dienst infolge von Trunkenheit entlassen werden.

Zwischen den Eheleuten herrschte natürlich viel Unfrieden, denn die Angeklagte sah sich oft anderen weiblichen Personen gegenüber zurückgesetzt. Wenn D. angegriffen war, mißhandelte er seine Frau, die auch öfters angetrunken gewesen sein soll und zwar manchmal recht erheblich. Es mag daher, nachdem ihr Mann zum zweiten Male Schiffbruch erlitten, auch bei ihr allmählich der Wunsch aufgekommen sein, sich dieses unheimlichen Gemannes zu entledigen, wobei nicht vergessen werden darf, daß sie bereits zweimal aus Gram über das Verhalten ihres Mannes versucht hatte, sich selbst den Tod zu geben. Als darauf im August vorigen Jahres ihr Mann ihr eines Tages erklärte, er ginge von ihr und wolle nichts mehr mit ihr zu tun haben, kam es zur Katastrophe.

Nachdem Detloff sich bereits am 28. August seine Sachen aus der Wohnung geholt, kam er am nächsten Tage nachmittags wieder, um Kisten abzuholen. Nun trat ihm die Angeklagte entgegen und bat ihn zunächst bei ihr zu bleiben. Anschließend kam es auch hierbei wieder auf Seite des D. zu Tätlichkeiten. Die Angeklagte will zwischen den Kisten ihres Mannes eine geladene Browningpistole gefunden haben, die sie ihm, um ihm zu schrecken, entgegen hielt. Ihrer Behauptung nach sei dabei plötzlich ein Schuß losgegangen, der ihn in den Unterleib traf. Die Verwundung war an sich sehr schwer. Unglücklicherweise trat noch eine Rauchfellenzündung hinzu, wie das bei derartigen Schußverletzungen oft der Fall ist, und an dieser ging D. trotz einer Operation zugrunde. Es waren zu der Verhandlung über vierzig Zeugen geladen. Da jedoch auf einen Teil derselben verzichtet werden konnte, so war es möglich noch gestern die Beweisaufnahme zu Ende zu führen. Die Plädoyers finden heute statt.

Das Ergebnis der Angestelltenversicherungswahl ist nicht so ausgefallen, wie es im Interesse des Ausganges der Sozialversicherung wünschenswert gewesen wäre. Während die bürgerlichen Verbände ihre Mitglieder fast reiflos zur Wahlurne brachten, glaubten viele Na-Mitglieder ihre Ablehnung der Standesversicherung dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie der Wahl fern blieben. Hinzu kam, daß der D. S. V. in letzter Stunde noch ein von Unwahrheiten strotzendes Flugblatt herausbrachte, worauf ihm die verdiente Antwort nicht mehr gegeben werden konnte. Viele Wahlberechtigte konnten ihr Wahlrecht wegen der mangelhaftesten Umgrenzung der Wahlbezirke nicht ausüben.

Die Zahl der abgegebenen Stimmen verteilt sich auf die einzelnen Verbände wie folgt: Na-Bund 203, Verband weiblicher Angestellten 528, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 806, Gewerkschaftsbund der Angestellten 968, Gewerkschaft christlicher Eisenbahner 23. Die zu wählenden vier Vertreter verteilten sich auf die Harmonie-Verbände, während der Na-Bund einen Ersatzmann erhält.

Ingestandene Lohnerbhöhung im Stuckgewerbe. Die in der vorigen Woche vertagten Verhandlungen im Stuckgewerbe nahmen gestern ihre Fortsetzung und endeten damit, daß eine Vereinbarung getroffen wurde, daß auf die zuletzt gezahlten Löhne eine Zulage von 3,80 Mark die Stunde erfolgen soll. Demnach beträgt der Stundenlohn für einen Stuckateur 12,50 Mark. Zu dieser Vereinbarung wird eine Stuckateurenversammlung am Dienstag Stellung nehmen.

Ueber Ziele und Aufgaben des Natursehens wird am Freitag Herr Dr. Wangerin im Deutschen Heimatbund in der Aula der Oberrealschule sprechen. Allen Freunden unserer schönen Heimat wird der Vortrag angelegentlich empfohlen. Viele Lichtbilder werden die Ausführungen des Vortragenden unterstützen. Wir weisen auf die Anzeige in unserem Blatte hin.

Der Vorstand hält seine nächste Sitzung, die erste im neuen Jahr, am Mittwoch, den 25. Jan. ab.

Die Befreiung eines Arbeitslosenrats beschäftigte gestern morgen eine Versammlung der Erwerbslosen im Schmiedischen Hofe in der Schillinggasse. Veranlassung zu der Versammlung war eine Verordnung des Referendar Friedrich vom Arbeitsamt, durch die der Obmann des Arbeitslosenrates Hoffmann als solcher nicht mehr anerkannt wird. Hoffmann hat einem Beamten des Arbeitsamtes Schriftlichkeit vorgelegt, worauf gegen Hoffmann ein Strafverfahren wegen Beamteneinbildung eingeleitet wurde. Referendar Friedrich steht nun auf dem Standpunkt, daß Hoffmann wegen des Verfahrens nicht Vertreter der Arbeitslosen sein kann. Der gesamte Arbeitslosenrat ist anderer Ansicht und glaubt, daß durch diese Maßnahme unbedeutende Arbeitslosensätze emittiert werden sollen. Bei Verhandlungen wegen Aufhebung der Verfügung wurde von Seiten des Arbeitslosenrates darauf hingewiesen, daß in auch im Senat Personen sitzen, gegen die ein Verfahren geschwebt hat. Schämmer sei sogar wegen Hausfriedensbruch zu Gefängnis verurteilt worden. Der Arbeitslosenrat erklärte sich mit Hoffmann solidarisch.

In der Versammlung sollten die Arbeitslosen nun entscheiden, ob Hoffmann zurücktreten soll. Nach langer Debatte wurde eine Entschließung angenommen, in der das Vorgehen des Senats als Schikane bezeichnet wird. Die Arbeitslosen hätten allein über ihre Vertreter zu bestimmen. Hoffmann sollte weiter Obmann bleiben. Weiter wurde verlangt, daß mit der Milchlieferung an die Kinder der Erwerbslosen endlich begonnen wird. Bisher erhielten die Kinder der Erwerbslosen bis zu zwei Jahren 1 Liter, bis zu sechs Jahren ½ Liter Milch täglich. Seit dem 1. Januar ist die Milchlieferung eingestellt worden. Jetzt ist beabsichtigt, an Kinder bis zu zwei Jahren täglich ½ Liter Milch zu liefern. Die Versammlung wünscht, daß damit endlich angefangen wird. Es wurde dann eine Kommission von zehn Mann gewählt, die die Forderungen gegenüber den Behörden vertreten sollte. Um der Kommission den nötigen Nachhalt zu geben, zog die Versammlung geschlossen nach der Wiedenferne, wo die Kommission über zwei Stunden verhandelte.

Vollzeilbericht vom 18. Januar 1922. Festgenommen 10 Personen, darunter: 1 wegen Diebstahls, 2 wegen Konterschande, 6 in Vollzeilhaft. Obdachlos: 1 Person.

Verfammlunngs-Anzeiger

Arbeiterjugend Langfuhr:
Mittwoch, den 18. Januar, abends 7 Uhr, im Heim: Generalversammlung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen.

Sozialdemokratische Partei:
9. Bezirk:
Freitag, den 20. Januar, findet im „Blauen Tonnchen“, Demmarkt 10, eine Mitglieberterversammlung statt. Tagesordnung: Neuwahl des Vorstandes. Bericht vom Vertretertag. 3. Vortrag.

Deutscher Banarbeiterverband:
Freitag, den 20. Januar, nachmittags 4 ½ Uhr, im Werkzeigehaus an der Oberbrentische Mitgliedererversammlung. Stellungnahme zum Schiedsspruch.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: (Ausgl. —)	6,30	am Vortage	6,40
Dollar:	189	"	184
Engl. Pfund:	800	"	730
Kranz. Franks:	—	"	"
Gulden:	—	"	"



	15. 1.	16. 1.	Kurzbrack	+1,42	+1,18
Zawichost	+1,48	+2,00	Montauerpiße	+0,65	+0,30
	16. 1.	17. 1.	Diedel	+0,95	+0,64
Wartchau	+0,85	+1,14	Dirschau	+1,04	+0,76
	16. 1.	17. 1.	Einlage	+2,52	+2,46
Ploß	+0,90	+0, —	Schlemerhoff	+2,68	+2,64
	17. 1.	18. 1.	Schönau D. P.	+6,60	+6,60
Thorn	+0,86	+0,72	Walgenberg D. P.	+4,68	+4,86
Yorden	+0,66	+0,53	Neuhorsterbusch	+2,04	+2,00
Culm	+0,70	+0,53	Anwachs	+1,29	+0, —
Graudenz	+1,00	+0,78			

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Looß in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Litva. — Druck von J. Gehl & Co., Danzig.

Für kalte Tage

ist jetzt, wo Grippe und Schnupfen grassiert, nichts so wichtig als **warme Füße**. Bedenken Sie das bei der Auswahl Ihrer Stiefel

Reiser

Langgasse 73

Damen-Leder-Schnürstiefel mit Filzstoff-Einsatz, weich-warm Flauschstoff-Futter starke Ledersohle mit Abs. **189⁰⁰**

Herren-Leder-Zweischnallentiefel, Filzstoff-Einsatz, weisses Flauschfutter, gute Besohlung. **218⁰⁰**

Kamelhaartstoff-Schlüpfier, Filz- und Spaltsohle **35⁰⁰**
Gr. 36-42

Kamelhaartstoff-Umschlag-schuhe, extra warm, mit Filz- und Ledersohle **59⁰⁰**

Filz-Schnallen-Stiefel, extra warm gefüttert, starke Filz- und Ledersohle mit Absatz Gr. 36-42 **58⁰⁰**

Filz-Schnallen-Stiefel, sehr warm, mit Leder-Ringsbesatz, Ledersohle mit Absatz **65⁰⁰**

Verpachtung.

Das Bild. 6000 qm große Gartengrundstück mit einer 5-Zimmerwohnung in Sigenberg, Dorfstraße 9, ist vom 1. 2. 1923 ab zu verpachten. Angebote sind bis zum 24. d. Mts. an die Geschäftsstelle III, Jopungasse 381, Zimmer 60 zu richten. (5967)

Der Senat.
Genehmigung der Stadtgemeinde Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direction: Rudolf Schaper.
Sonn- u. Mittwochs, den 18. Januar, abends 7 Uhr.
Musik. Dreif.

Rosenhildchen

Abends 7 Uhr. Donerkarten D 1.

Die goldene Eva

Operette in 3 Akten von Franz v. Seldaten und Franz Koppel-Greif. Spielleitung: Carl Brädel.
Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Abends 9^{1/2} Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Donerkarten E 1.
Bücherei.

Wilhelm-Theater

verpflichtet mit dem Stadttheater Danzig, Dr. Otto Neumann

Heute, Mittwoch, den 18. Januar:

abends 7^{1/2} Uhr

Kasseneröffnung 6 Uhr

„Der Tanz ins Glück“

Operette in 8 Akten von Robert Stolz.

Freitag, den 20. Januar:

„Der Tanz ins Glück“

Vorverkauf im Warenhaus Gode, Freyburg, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5660)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Deutscher Heimatbund

Bildervortrag des Herrn Dr. Wangerin über Ziele und Aufgaben des Naturschutzes Freitag, den 20. Januar, abends 8 Uhr, Aula der Oberrealschule Hanjaplag. Eintritt frei gegen Mitgliedskarte, sonst Mk. 3.— (5964)

Arbeiter-Bildungsanstalt Danzig

Am Donnerstag, den 28. Januar, im Vortragssaal der Gewerkschaften, Heveliusplatz 1/2 beginnt der

Vortragskursus

Weltkrieg und Weltfrieden.

Vortragender: Herr Dr. Hans Jint.

Der Kursus umfasst 6 Donnerstagsabende, den 26. Jan., 2., 9., 16., 23. Februar und 2. März.

Beginn pünktlich 7^{1/2} Uhr. Teilnehmergebühr 5 Mk.

Die Karten sind erhältlich in den Verkaufsstellen der Volkshilfe, am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32, in der Zigarrenhandlung Gotthe, Nöfzig, Lange Brücke 18, in den Gewerkschaftsbüros Heveliusplatz und im Parteibüro 4, Damm 7 III. (5961)

Lichtbild-Theater

III. Damm 3. (5962)

Spielplan

vom 18. bis 20. Januar 1923

DAS GROSSE PRACHTPROGRAMM

„Santa Maria“

Das Geheimnis einer Brigg!

Großer Abenteuerfilm in 6 Akten.

„Zimmer Nr. 29“

Amerikanisches Detektivdrama in 5 Akten.

Dieses Programm ist besonders empfehlenswert

Gedania-Theater

Schlesensdamm 53/55 (5915)

Achtung! Ab heute! Nur 4 Tage!

2 große Schläger: Luciano Albertini in

„Der Schützling des Todes“

Ein Film der fabelhaften Sensationen in 5 Akten.

„Der vergiftete Strom“

Schwarz-Weiß-Abenteuer-Film in 5 großen, äußerst spannenden Akten.

Hauptdarsteller: Carl de Vogt

Nobody 15. Episode „Der gelbe Drache“

Robert Ehmann

Aitstädter Graben 3

neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren

Anfertigung eleg. Herrengarderoben nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. (5247)

Linden-Restaurant und Café

Altstadt Graben 93 Gegenüber der Markthalle Telefon 2908

Täglich

Internationale Jazzband-Kapelle

6 Herren

darunter die große Kapelle aus Budapest am Trapp-Tramm
S t i m m u n g s m u s i k

Warme Küche bis 3 Uhr nachts geöffnet



Kaiser-Kaffee-Passage

Telefon Nr. 3380 Inh.: H. Glessow

Internationales Kaffee ohne Musik

Restaurant — Spielsäle

Brüder Billardsaal im Freistadt

ff. Küche von 9 Uhr morgens bis Lokalschluss

Spezialität: Hühnerbrühe und ung. Gulasch

Weine der Firma Tesdorpf, Lübeck

Faschenverkauf

Reichhaltigste Auswahl in- u. ausländischer Zeitungen am Platze

Möbelverkauf sehr billig!

Ganze Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel, auch Büromöbel (5880)

Danziger Möbelfabrik

IV. Damm Nr. 8. Telefon Nr. 5823.

Geschlechtsleiden

und ihre Behandlung durch unschädliche lang-erprobte **Kräuterkuren** ohne Einspritzung und ohne Berührung bei frischen und veralteten Leiden. Ausführliche Broschüre mit Anweisung zur Selbstbehandlung und vielen Dankschr. versendet diskret gegen Mk. 5.— Dr. C.K. Rauwieser, med. Verlag, Hannover, Odeonstr. 3 (2)

Alt-Eisen, Messing,

Blei, Zink u. sämml.

Altmaterialien

5753) kauft

Plotzki,

Hohe Seigen Nr. 22.

High Class

Virginia

Tobacco for Pipe.

In allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Staubholz,

Trock-Breiterl

empfiehlt ab Lager

Mit Schottland 1-2,

Wilk. Prillwitz,

Am Trappstr. 7

Telefon 2530. (5967)

Jede

Nähmaschine

reparieren schnell

Wilken & Söhne

Hl. Geleitgasse 127.

Fernruf 1237.

Badeanstalt

Hanfabad

Hansaplatz 14 Tel. 1533

3 Min. vom Hauptbahnhof.

Wannen-, Moor-, Fichtnadel-,

Kohlensäure- u. alle anderen

medizinischen Bäder. Gegen

Gicht, Rheumatismus und

Grippe russisch-römische

Bäder. (5951)

Ordentlicher Kellner

sucht Sonntags od. Wochentags

Aushilfsarbeit. Off. unt. V. 102 an die Exped.

dieser Zeitung. (†)

Billig und doch gut

kaufen Sie moderne fertige

Herren-Bekleidung

sowie gutstehende Maßanfertigung

bei **J. Czerninski**

Danzig, Altstadt Graben 96/97

Eingang Kleine Mühlengasse.

Achten Sie genau auf meine Firma!

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte, Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.

Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. Pfefferstadt 71^I Telef. 2621

Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

Neuerkennung:

Der Frauen Hausbuch

Jahrbuch für Arbeiterfrauen u. Töchter

Herausgegeben von

Wilhelmine Käbler.

Preis 8 Mark.

Buchhandlung Volkswacht

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

Tüchtigen Laufburschen

sucht (5980)

G. Apreck, Brotbänkengasse 29.

Billige Kurzwaren-Tage

Mengenabgabe vorbehalten

Rocktresse zirka 2 ^{1/2} cm breit . . . Meter	75	Zentimetermaße Stück	85	Schuhsenkel prima Qualität, 120 lang, Paar	1.75
Rocktresse prima Qualität Meter	95	Zwirn Stern	65	Bettsenkel 100 cm, mit Ponpons . . . Stück	65
Rocktresse mercerisiert Meter	1.65	Baumwollband 2 Meter Stück	50	Bettsenkel 150 cm, mit Ponpons . . . Stück	85
Wiederband zirka 5 cm breit Meter	50	Baumwollband schwarz und weiß . . . Meter	35	Korsettisenkel 4 m, prima Mako Stück	1.95
Hofenshoner Meter	60	Jaconetband 4 Meter Stück	1.10	Haarnadeln lackiert, mit Spitze Pack	20
Druckknöpfe schwarz und weiß Dtz.	60	Wäschebesatz farbig, für Nachthemden Meter	85	Zopfknöpfe glatt und kraus Brief	60
Nähseide beste Qualität Rolle	85	Wäschebügelle Meter	50	Lockennadeln Brief	20
Knopflochseide echt 5 Meter-Rolle	70	Wäschebügelle mit Ajour Meter	85	Lockennadeln mit umgebogenem Kopf . Brief	45
Armblätter gute Qualität Paar	2.95	Gummiband ca. 3 cm breit, pr. Qual., Meter	2.40	Lockenwickler „Bon ton“ Brief	1.10
Tailenstäbe Dtz.	10	Strumpfhalter prima Trägerband Paar	4.50	Sicherheitsnadeln weiß und schwarz Dtz.	85
Tailenverschluß mit Fischbeineinlage	45	Wäscheknöpfe Dtz.	85	Maschinengarn Obergarn, 4fach 200 Meter	5.00
Stopfpilze Stück	75	Schuhsenkel Eisengarn, Paga 4 Paar	10	Maschinengarn Obergarn, 4fach . 1000 Meter	23.50
Kragenstäbe mit Seide umspinnen Dtz.	45	Schuhsenkel prima Mako, 120 lang Paar	1.45	Strumpfbänder a. pr. Rüschen- gummiband mit elegant. Bandg.	16.50

Spitzen-Einfäßen und Bändern
verschiedene Längen, zum Aussuchen
besonders billig!

Sternfeld

Danzig (5965) Filiale Langfuhr